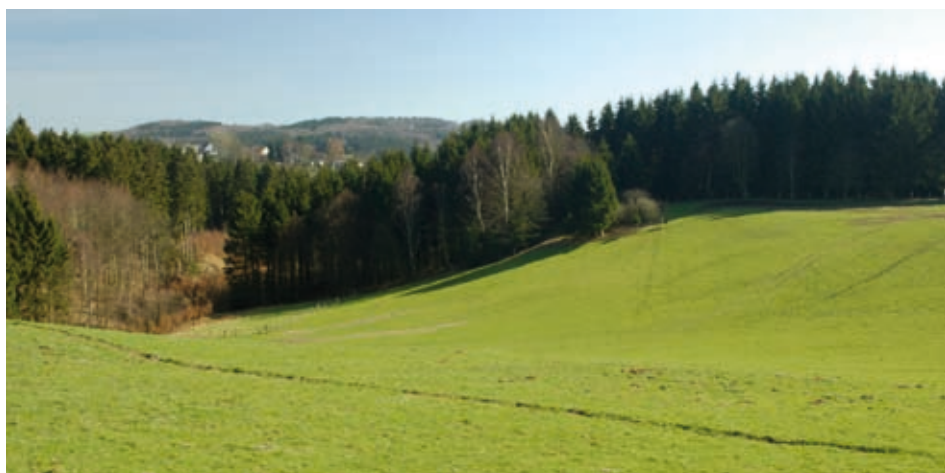


Wermelskirchener Ortsgespräch

Ausgabe 1 • April / Mai 2007

www.spd-wermelskirchen.de

SPD: Nein zur Outdoor Arena!



Den Plan zum Bau einer Outdoor Arena (Freizeitpark mit diversen Sportangeboten für Sommer und Winter) zwischen Dhünn und Osminghausen lehnt die SPD kategorisch ab.

Nach Auffassung der SPD-Ratspolitiker ist das Prestigeprojekt des Bürgermeisters ein massiver, **unverantwortlicher Eingriff** in die Siedlungs- und Landschaftsstruktur des Ortsteils Dhünn und Wahnsinn gegenüber der Natur. Die SPD ruft angesichts der überwältigenden Ratsmehrheit für das Projekt die Bevölkerung auf, alle Kräfte in der Stadt zu unterstützen, die das Vorhaben verhindern wollen.

Sie kritisiert gleichzeitig das Verhalten der Mehrheitsfraktion CDU und der Grünen. Ihr untauglicher Versuch, in einem nichtöffentlich tagenden Arbeitskreis das gigantomanische Projekt ökologisch weiß zu waschen, ist nach Auffassung der SPD ein Beitrag zur Verdummung der Bürger dieser Stadt.

Die 80-90 Hektar große Anlage, mehr als 100 Fußballplätze, soll im Bereich der Wasserschutzzone der Dhünn-Talsperre und des Geltungsbereiches zweier Landschaftspläne errichtet werden. Zu diesem Zweck hat eine Ratsmehrheit

aus WNK UWG, BüFo, FDP und CDU gemeinsam mit dem Bürgermeister in aller Eile die Änderung des Flächennutzungsplanes beschlossen. Dies soll gelingen, indem das Projekt von seinen Befürwortern als im „öffentlichen Interesse“ getarnt wird. Sollte dies gelingen, würde eines der schönsten und charakteristischsten Landschaftsteile Wermelskirchens **unwiederbringlich zerstört** werden.

Es wäre auch ein Schlag ins Gesicht vieler Bürgerinnen und Bürger, denen aus Landschaftsschutz- und wasserrechtlichen Gründen selbst geringfügige Änderungen auf ihren Grundstücken verboten werden. Zu diesem maßlosen Landschaftsverbrauch zugunsten eines Vergnügungsparks kommen schwerwiegende Folgelasten.

So rechnet die Machbarkeitsstudie, Grundlage der Planung, mit Besucherströmen jährlich von **über 300 000 Besuchern**, Tendenz steigend, die mit ihren PKW anreisen. Die WSN (Wermelskirchener Schutzgemeinschaft für Landschaft, Umwelt und Natur) rechnet sogar mit annähernd 1 Mio Besucher, die das Straßennetz der Stadt über Gebühr strapazieren und die Atmosphäre zusätzlich mit erheblichen Mengen CO₂-Gas belasten.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

es ist was los in Wermelskirchen. Der Umbau der Innenstadt schreitet voran, Verkehrsführungen werden geändert, die städtischen Finanzen lassen wenig Spielraum. Wie die SPD in Wermelskirchen zu einzelnen Projekten steht, wofür sie sich einsetzt und wogegen, möchten wir Ihnen in lockerer Folge im **Ortsgespräch** mitteilen.

Auch Ihre Meinung ist uns wichtig. Sprechen Sie uns an.

Ihre SPD Wermelskirchen

Zusätzlich fallen **immense Energiemengen** an, sollte die Arena gemäß dem Szenario der Machbarkeitsstudie betrieben werden: **70 Schneekanonen** sind geplant, um den für die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens unverzichtbaren Winterbetrieb zu ermöglichen. Hinzu kommen Lifte und Flutlichtanlagen. Die Energiekosten schätzen die Gutachter auf mittelfristig 2,1 Mio Euro.

Die Outdoor Arena soll den Menschen in Wermelskirchen mit unverantwortlich verschleiern und beschönigenden Worten und Bildern schmackhaft gemacht werden.

Die SPD unterstützt alle sinnvollen Bemühungen zum Ausbau und zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Wermelskirchen. Sie fördert auch die Profilierung als Tourismus- und Naherholungsregion.

Die bergische Landschaft und ihre Freizeitinfrastruktur soll verbessert

SPD
Wermelskirchen

Drei Fragen an: die WSN

Wie ist die WSN (Wermelskirchener Schutzgemeinschaft für Landschaft, Umwelt und Natur) aufgestellt?

WSN: Wir haben 15 Gründungsmitglieder, wovon sieben für den Vorstand benannt sind. Derzeitig haben wir 127 Mitglieder.

Wie bewertet die WSN die Machbarkeitsstudie?

WSN: Die sogenannte „Machbarkeitsstudie“ ist aus unserer Sicht weder eine Studie, noch ein Gutachten. Wir bewerten den Schriftsatz eher als „Gefälligkeitschreiben in eigener Sache“.

Dieses ist in seiner Gesamtheit inhaltlich völlig unzureichend, handwerklich schlecht und thematisch lückenhaft wie ein Schweizer Käse. Dies weiß auch der österreichische Ersteller. Und, um den eigenen Ruf nicht zu schädigen, hat er Ausnahmen, Voraussetzungen und Forderungen so zwingend formuliert, dass das Konzept technisch, wirtschaftlich und ökologisch nicht umsetzbar ist. Es handelt sich folglich um eine „Nichtmachbarkeitsstudie“. Bleibt die Frage, warum hierfür über 30.000 EUR Steuergelder verschwendet werden mussten, wenn doch der gesunde bergische Menschenverstand ausreicht, um das gleiche Ergebnis zu liefern.

Dass der Schriftsatz als Entscheidungsgrundlage für die politischen Gremien und als Bewertungsgrundlage für die Bürger dienen soll, erscheint uns verwerflich.

Welche weiteren Aktivitäten der WSN sind geplant?

WSN: In Sachen „Arena“ werden wir „am Ball“ bleiben. Das zukünftige Vorgehen ist zweigeteilt:

Zum einen werden wir, solange das Thema nicht vom Tisch ist, bei jeder öffentlichen Sitzung der zuständigen Ausschüsse und des Rates präsent sein, um auf Überraschungsaktionen wie in der Ratssitzung am 5. Februar 2007 sofort reagieren zu können. Der breiten Öffentlichkeit werden wir die aktuellen Entwicklungen transparent machen und den lokalen Widerstand organisieren und bündeln. Es ist schon jetzt überdeutlich, dass eine



große Mehrheit der Bürger die „Arena“ kategorisch ablehnt.

Zum anderen werden wir mit hohem Einsatz als Netzwerker agieren. Von der Stadt bis zum Landes-Umweltminister, über Wirtschaft und Politik, über Verbände, Organisationen und vor allem die breite Bevölkerung, werden wir unter Einbindung der Medien die Sachdiskussion erzwingen.

Unter www.wsn-wk.de werden wir stets hochaktuell informieren.

Darüber hinaus ist seit Kurzem unsere Unterschriftensammlung „gegen die Arena“ angelaufen. Inzwischen ist die 2000er Grenze überschritten. Mit der längerfristigen und breit angelegten Sammelaktion, zu der wir die Bevölkerung hiermit nochmals intensiv aufrufen, streben wir weitere mehrere tausend Bürgerstimmen gegen die Arena an.

Das sollte ausreichen, um den Willen der Bevölkerung unmissverständlich klar zu machen.

Kommentar

Die Stunde der Bürger

Man würde es für einen Aprilscherz halten, stünde es nicht schwarz auf weiß auf über 100 Seiten Machbarkeitsstudie und würde sich nicht eine Mehrheit der Ratsmitglieder unkritisch einem Projekt des Bürgermeisters anschließen, das man den Menschen als „Fortschritt für Wermelskirchen“ verkaufen will.

Ja, gewiss, auch in Wermelskirchen bleibt die Zeit nicht stehen, sind Bereitschaft zum Wandel und Offenheit gegenüber neuen Ideen unverzichtbar für die Sicherung dieses Wirtschaftsstandortes. Das sieht auch die SPD-Fraktion so. Deshalb hat sie in der Vergangenheit sinnvolle Projekte unterstützt und wird dies auch zukünftig tun. Dieses Projekt aber vernichtet eine der wichtigsten und wertvollsten Ressourcen unserer Stadt nämlich die Landschaft.

Es holt Verkehr in einem nie gekannten Ausmaß in und durch unsere Stadt. Es verschleudert im Widerspruch zu den derzeitigen ökologischen Bestrebungen Unmengen von Energie. Ein solches Projekt ist nicht unterstützungswürdig, es gehört bekämpft: Nicht nur von den Vertretern des Rates, sondern von allen Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt. Denn eine solche Outdoor Arena ist nichts anderes als eine gigantomanische Entgleisung, mit der ein Einzelner sich ein Denkmal setzen will und dies als „öffentliches Interesse“ verkauft.

Auch wenn im Moment das Thema von den Tagesordnungen in Rat und Ausschüssen verschwunden ist, vom Tisch ist es deshalb noch lange nicht. Daher ist nach wie vor wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt ein deutliches Zeichen gegen den „Vergnügungspark“ setzen.

Die CDU spricht mit gespaltener Zunge, auf sie ist im Ernstfall kein Verlass: Im Oktober 2006 signalisiert sie ihre Zustimmung zur Einleitung der Bauleitplanung, wenn die Studie die Machbarkeit bestätigt. Im März rudert sie angesichts der öffentlichen Proteste zurück. Eine klare Haltung ist das nicht. Das gilt auch für die Fraktion der Grünen.

Die SPD-Fraktion alleine kann angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Rat ein solches Projekt nicht verhindern, dies ist daher die Stunde der Bürger.

Jochen Bilstein,
SPD-Fraktionsvorsitzender

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Ortsverein Wermelskirchen
V.i.S.d.P. Vorsitzender Rainer Bleek, Obere Friedenstraße 15b, 42929 Wermelskirchen
Redaktionsteam: Jochen Bilstein, Rainer Bleek, Timo Franz, Sebastian Fürsich
Freya Stoffel, Petra Weber

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

SPD
Wermelskirchen

Neubau der Pestalozzischule

– ein unendliches Trauerspiel –

Immer wieder ins Gerede kommen Leistungen der Stadtverwaltung bei der Planung, Kostenberechnung und Betreuung von Baumaßnahmen.

Dies wurde zuletzt im März im Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr deutlich, als es um falsche Kostenberechnungen und gekündigte Ingenieurbüros im Zusammenhang mit der Kanalbaumaßnahme in Oberwinkelhausen ging. Ein schier unendliches Trauerspiel ereignet sich beim Neubau der Pestalozzischule, das nun bereits drei Jahre andauert und noch kein Ende erkennen lässt. Ein Privatunternehmen - und mit dem vergleicht sich gerne der Bürgermeister als Vorsitzender des Verwaltungsvorstandes - wäre entweder längst insolvent oder hätte aus den Pannen personelle Konsequenzen gezogen.



Räumen des ehemaligen Kreiskinderheimes am Vogelsang mit sich brachte. In einer ersten Kostenschätzung hatte nun das zuständige Amt für Gebäudewirtschaft einen Finanzbedarf von rund 4,75 Millionen Euro ermittelt, schon 1,875 Millionen Euro über der Schätzung vom Mai 2004.

Dieser Betrag wurde im Beschlussvorschlag zur Vergabe der Architektenleistungen im November 2004 bestätigt, ein weiteres Mal im Dezember desselben Jahres.

Im Rahmen der städtischen Terminplanung fand im Februar 2005 der Umzug der Pestalozzischule in die Gebäude am Vogelsang statt.

Eine schwere Zeit für alle Betroffenen begann, waren doch die Räume vom Zuschnitt wie von der Bausubstanz her nur notdürftig geeignet für einen ordentlichen Schulbetrieb. Aufrecht hielt Schüler wie Mitarbeiter lediglich die Hoffnung auf den geplanten Fertigstellungstermin. Aber es kam erneut anders: Hatte man sich schon länger über die verdächtige Ruhe auf der Baustelle im Ostviertel gewundert, erreichte im Herbst 2006 die zuständigen Gremien die Nachricht von der Kündigung des zuständigen Architekturbüros.

Wieder gingen Monate ins Land, in denen der Neubau keinen „Stein“ vorankam. Im März 2007 musste dann die Bauverwaltung mit einer weiteren Hiobsbotschaft aufwarten: Die Baumaßnahme werde erneut um etwa 1 Million Euro teurer werden als zuletzt geplant. Naturgemäß würden damit auch der Bauzeitenplan wie der Fertigstellungstermin nach hinten verschoben werden müssen.

Nun rechnen sie wieder neu, die Mitarbeiter der Verwaltung, die beauftragten Kostenminimierer der Baumanagementfirma, die Architekten und eine entnervte Schulleiterin.

Das Drama nahm am 27. Februar 2004 seinen Lauf. An diesem Tag wurde den Fraktionen mitgeteilt, dass „konstruktive Brandmängel“ festgestellt worden seien, als der Anschluss des Erweiterungsbaus an das Hauptgebäude anstand. Niemand hatte offenbar bis dahin an das Problem gedacht. Nun musste die Politik entscheiden, ob saniert oder neugebaut werden sollte. Im Mai desselben Jahres beschloss der Rat den Abriss und Neubau des Schulgebäudes auf der Grundlage einer Gesamtkostenschätzung in Höhe von 2,9 Millionen Euro. Erhalten bleiben sollte das Kellergeschoss, nach Aussagen der Verwaltung war das bautechnisch möglich. Im Mai 2006 sollte der Neubau bezugsfertig sein.

Noch Anfang Mai 2004 bestätigt dies eine Stellungnahme des zuständigen Amtes. Im Juli 2004 muss das Amt für Gebäudewirtschaft jedoch einräumen, dass „entgegen der Erwartung das Kellergeschoss erhalten zu können, die Statik des Kellergeschosses nicht dafür ausgelegt ist“. Erneut war der Rat gezwungen eine Planungsänderung nachzuvollziehen, was ein Mehr an Kosten und eine wesentlich längere Notunterbringung der Schule in den

Stichwort: Bebauungspläne

Im Flächennutzungsplan, auch kurz F-Plan oder FNP, ist festgelegt, welche Flächen des Stadtgebietes wie genutzt werden. Da gibt es zum Beispiel Wohnbauflächen, gewerbliche Bauflächen, Flächen für Wald und Landwirtschaft oder Gemeindebedarfsflächen. Die Nutzung der Flächen, die bebaut werden dürfen, legt der Stadtrat über die Bebauungspläne (B-Pläne) fest. In ihnen wird z. B. die Größe und Lage von Verkehrs-, Wohn-, Grün- und Sportflächen bestimmt oder auch die erlaubte Geschosshöhe von Gebäuden.

An der Aufstellung der Pläne wirken auch „Träger öffentlicher Belange“, zum Beispiel das Umweltamt, die Wasserbehörden oder die Energieversorger mit.

Genehmigt werden die Pläne von der Bezirksregierung und sind danach Gesetz für alle Bürger und Behörden.

Und in der Enge des Gebäudes am Vogelsang warten Kinder und Jugendliche, die ohnehin nicht den leichtesten Weg in dieser Gesellschaft vor sich haben, weiter auf einen Neuanfang – wie lange noch?

- Anzeige -

W & W OUTDOOR-REISEN
Weik & Wolff Unlimited
(Wermelskirchen, Bergisch Gladbach, Innsbruck)

Adventure-Reisen
zu den schönsten
Outdoor-Parks der Alpen

Preisnachlass bei Zustimmung
zur Outdoor Arena
Wermelskirchen.

Von der Teilnahme ausgeschlossen sind Mitglieder der SPD-Fraktion, des Vereins WSN und Abtrünnige anderer Fraktionen, soweit sie nicht bereits ausgetreten worden sind.

Ehrung für Klaus Klophaus



Am 27. März 2007 wurde Klaus Klophaus das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen. Im Auftrag von Bundespräsident Horst Köhler überreichte ihm Landrat Rolf Menzel die Auszeichnung im Kreise der Familie und Freunde.

Klaus Klophaus erhielt die hohe Anerkennung wegen seines jahrzehntelangen Engagements vor allem im sozialen Bereich. Unter anderem ist er seit 1947 Mitglied der Christlichen Pfadfinderschaft Deutschlands und leitete 30 Jahre ehrenamtlich deren Landheim in Dhünn-Osminghausen.

Bereits 1957 wurde er von dem früheren Bundes- und Ministerpräsidenten Johannes Rau in die SPD aufgenommen. Seit über 40 Jahren zählt er zum aktiven Kern der Partei in Wermelskirchen: Mitglied des Stadtrates, langjähriger amtierender Vorsitzender des Sozialausschusses, stellvertretender Vorsitzender des Kuratoriums Haus Vogelsang. Zahlreiche sozial- und auch umweltpolitische Initiativen tragen seine Handschrift. Die stellvertretende Bürgermeisterin Christel Reetz nannte ihn in ihrer Laudatio zurecht das „soziale Gewissen der Stadt“.

Wir gratulieren Klaus Klophaus herzlich zu dieser verdienten Auszeichnung und freuen uns mit ihm über diese Anerkennung.

Überreicht durch:

Rettet die Sparkassen!

Die CDU und FDP wollen ihnen an den Kragen

Privat vor Staat, koste es was es wolle.

Getreu ihrem einfältigen ideologischen Strickmuster, das auf jede sinnvolle Interessenabwägung verzichtet, plant die von CDU und FDP gebildete Landesregierung jetzt den Einstieg in die Privatisierung der Sparkassen.

Das hätte weitreichende Folgen, auch für unsere Sparkasse in Wermelskirchen.

Denn die Pläne bedeuten in der Konsequenz:

- die Schließung zahlreicher Zweigstellen in unmittelbarer Nachbarschaft
- die Gefährdung tausender kleiner und mittelständischer Unternehmer und Handwerker, die auf die Kredite der örtlichen Sparkassen angewiesen sind
- weniger Unterstützung für gemeinnützige Anliegen von Sport- und Kulturvereinen und von sozialen Belangen durch die Sparkassenstiftungen.

Die SPD ist gegen diese Pläne. In NRW sollen die Sparkassen so bleiben, wie

Rettet die Sparkassen!
Rüttgers Landesregierung
will ihnen an den Kragen.

sie sind: bürgernah, kundenfreundlich und öffentlich-rechtlich. Wir brauchen keine Zustände wie in England, wo seit der Privatisierung rund 5 Millionen Menschen kein Girokonto mehr haben. Wir wollen, dass auch Menschen mit niedrigem Einkommen ihr Girokonto und ihr Sparbuch bei der Sparkasse behalten können.

Wir wollen, dass sie auf ein kundenfreundliches Zweigstellennetz zurückgreifen können. Und wir wollen, dass die Sparkassen auch weiterhin Handwerker und kleine Unternehmen bei ihren wirtschaftlichen Tätigkeiten mit Krediten unterstützen können.

Die Sparkassen sind in ihrer jetzigen Form eine ganz wichtige Säule kommunaler Wirtschaftsförderung. Sie müssen deshalb erhalten bleiben!

Kurz notiert

• Am Beispiel der massiv vernachlässigten **städtischen Häuser am Wiesenweg** hat die SPD die Verwaltung erneut aufgefordert, mehr für die Substanzerhaltung des städtischen Eigentums zu investieren.

• Den **Bebauungsplan Unterstraße** lehnt die SPD ab, weil dadurch die Landschaft entlang der B 51 weiter zersiedelt würde und die Stadt Wermelskirchen nichts davon hätte, da die neuen Einwohner ihre Einkäufe in Burscheid erledigen werden.

• Bereits mehrfach haben wir im Rat und Fachausschuss auf die Pfützenbildung auf und neben dem Fußweg vom „Büdchen“ bis zu **Edeka in Tente** hingewiesen und um Abhilfe gebeten.

Der Gehweg wurde immerhin schon ausgebessert.

• Die **Baumschutzsatzung**, durch die das Fällen bestimmter ökologisch wertvoller Bäume nur auf Antrag möglich war, wird vom Stadtrat abgeschafft. Die SPD stimmte dagegen.

• Die **Turnhalle am Schwanen** ist in den Oster- und Herbstferien geschlossen. Die SPD setzt sich dafür ein, dass Vereine die Halle auch in den Ferien nutzen können.

• Gegen die weitere **Bebauung „Am Heidchen“** (Stumpf) hat die SPD nichts einzuwenden, da es sich hier um eine sogenannte „Innenraumbesiedlung“ handelt.